

Kein Geld für Ausstellung Zwangsarbeit

STADTRAT Ohne Diskussion und ohne Gegenstimme wurde der Antrag der Projektgruppe abgelehnt.

MAXHÜTTE-HAIDHOF. Was der Finanzausschuss in nicht öffentlicher Sitzung bereits entschieden hatte, wurde vom Stadtrat bestätigt. Ohne Diskussion und ohne Gegenstimme lehnte das Gremium den Antrag der „Projektgruppe Zwangsarbeit“ auf Finanzierung einer Ausstellungsfortführung und eines Ausstellungskataloges ab.

Bürgermeisterin Dr. Susanne Plank erläuterte den Sachverhalt. Kern des Antrags sei die Fortführung der Ausstellung über Zwangsarbeit im Städtedreieck (MZ berichtete ausführlich) um drei Monate und ein gedruckter Katalog zur Ausstellung. Die Kosten für die Verlängerung der Ausstellung sollten zwischen Burglengenfeld, Teublitz und Maxhütte-Haidhof gedrittelt werden, wie der Antrag vorschlug. In die Kosten für den Katalog sollten die Stadt und der Landkreis Schwandorf zusätzlich einbezogen werden. Die Kosten bei dieser Lösung würden je Stadt 7500 Euro betragen.

Dr. Plank sagte dazu, dass derzeit in den Nachbarstädten diskutiert werde und vonseiten Stadt und Landkreis Schwandorf keine Meinung vorliege. Sie verwies abschließend darauf, dass der Finanzausschuss zwar wegen der Höhe des Betrages entscheiden hätte können, doch um das Votum des Stadtrates gebeten habe. Dieser schloss sich der Entscheidung aus dem Ausschuss an. (bxh)